

Bau-Plan für Stromtrasse rückt in Sicht

Das Planfeststellungsverfahren zum dritten Bauabschnitt der Thüringer Strombrücke – dieser führt über den Rennsteig durchs Schaumberger Land bis zur Landesgrenze – steht unmittelbar vor dem Start.

Von Thomas Schwämmlein und Andreas Beer

Neuhaus am Rennweg/Frankenberg/Schalkau – Lange hüllten sich alle Beteiligten in Schweigen, in Schalkau wurde gar über alternative Umspannwerkstandorte schon gestritten, aber vom Planfeststellungsverfahren zur 380 kV-Trasse zwischen dem Umspannwerk Altenfeld im Ilm-Kreis und der Landesgrenze zu Bayern war bisher nur klar, dass es kommt. Irgendwann.

Auf das Verfahren warten aber viele Menschen. Immerhin stellt erst der Planfeststellungsbeschluss Baurecht her. Grundstückseigentümer erfahren, wo welche Masten errichtet werden, Hausbesitzer bekommen Aufklärungen, wie weit entfernt die Leitung liegt. Auch Trassengegner haben dann erst die Chance, den Rechtsweg zu bestreiten. Allerdings hieß es aus dem Landesverwaltungsamt bislang so verlässlich wie vage, demnächst sei mit einer Verfahrenseröffnung zu rechnen.

Nun zeichnet sich Bewegung ab: In einigen Amtsblättern, so in Neuhaus am Rennweg und Schalkau, wird der Auftakt für Montag, 7. Oktober, angekündigt. Dann liegen die Unterlagen in den Rathäusern aus. Offiziell eröffnet ist jedoch das Verfahren selbst noch nicht. Im Landesverwaltungsamt verweist man lediglich auf einen „redaktionellen Vorlauf“, der sich im Prozedere notwendig mache. „Wir rechnen damit, dass das Verfahren in den nächsten beiden Wochen eröffnet wird“, sagt Behördensprecher Adalbert Alexy dann doch auf Nachfrage. So steht der Auftakt des in der Region so umstrittenen Projekts – ob Strategie oder Zufall – erst nach der Bundestagswahl zu erwarten.

Die Realitäten sehen

„Dass es kommt, wie es kommt“, davon gab sich am Dienstag noch einmal Henry Worm überzeugt. Der CDU-Landtagsabgeordnete aus Scheibe-Alsbach bleibt jedenfalls skeptisch, ob sich ein etwaiger Widerstand gegen die Trasse zum Erfolg führen lässt. Dass die Auslegung der Unterlagen zum dritten Bauabschnitt der sogenannten Thüringer Strombrücke in den Amtsblättern der betroffenen Kommunen nun angekündigt wird, hat er aufmerksam verfolgt. Pragmatisch mit dem umzugehen, was sich nicht verhindern lässt, lautet daher seine Empfehlung, um Schlimmeres zu verhindern. Sein

Rat an die Gemeindechefs ist daher zuerst, sich beizeiten in Position zu bringen. So stehen 40 000 Euro pro Trassenkilometer an „Entschädigung“ für den Landschaftsverbrauch in Aussicht. Geld, über dessen Verwendung die Kommunen selbst entscheiden können – so sie rechtzeitig die Hand heben. Eine kritische Nachfrage an die Bauherren von der 50 Hertz Transmission AG ergibt sich aus Worms Sicht zudem infolge der geänderten Realitäten im Bayerischen. Dort hieß es zuletzt, man werde womöglich gar kein vierarmiges System benötigen, sondern am Umspannwerk Redwitz nur die Hälfte abnehmen. Vierarmiges oder zweiarmliges System – derlei müsste man beim Bau der 380 kV-Leitung natürlich zwingend berücksichtigen. So empfiehlt Worm, die Masten in ihrer Dimension zunächst für ein zweiarmliges System auszulegen – „nachrüsten kann man dann ja immer noch“.

Oberhalb der Baumwipfel wird die Stromtrasse wohl dennoch verlaufen: Der Forst pocht bekanntlich auf einen niedrigst-möglichen Flächenverbrauch. Was im Umkehrschluss die von den Bürgerinitiativen angefeindeten Monster-Masten – Doppel-Tonnen mit einer Höhe von 70 Meter und durchschnittlichen Schneisenbreite von 115 Meter – zur Folge hat.

Im bereits abgeschlossenen Raumordnungsverfahren war bei der Vorzugsvariante von 50 Hertz auf den 26 Kilometern Strecke zwischen Altenfeld und Weißenbrunn im Landkreis Coburg von 90 Masten – davon 60 Doppel-Tonnen – die Rede.

Unterlagen online

50 Hertz-Sprecher Dirk Manthey äußerte am Dienstag, das Unternehmen habe bereits im März die Unterlagen vollständig ans Landesverwaltungsamt übergeben. Weitere von Weimar erbetene Informationen wurden nachgeholt. Dass sich die Dinge so lange hinzogen, ist aus seiner Sicht nicht ungewöhnlich – auch mit Blick auf die Dimension des Vorhabens.

Manthey bestätigt ansonsten, dass die betroffenen Kommunen tatsächlich auf eine Zuwendung in Höhe von 40 000 Euro pro Trassenkilometer in ihrem Bericht rechnen dürfen. Hierfür bedürfe es allerdings Einzelverträge und Gemeinderatsbeschlüsse. „Die Muster-Formulare sind auf unserem Internet-Auftritt zu finden.“ Ausgezahlt würde das Geld aber erst nach dem Planfeststellungsbeschluss – und selbstverständlich unabhängig davon, ob die eine oder andere Gemeinde vielleicht doch Klage einreicht gegen das Vorhaben.

Größtmögliche Transparenz wird auch den Bürgern zugesichert. So müssen die im Zeitraum ab 7. Oktober und 18. November nicht zwingend aufs Rathaus. Vielmehr besteht die Möglichkeit, online auf dem Internet-Auftritt von 50 Hertz Einblick zu nehmen. Zudem will der Netzbetreiber ein „Bürgertelefon“ als Informations-Service anbieten.



Henry Worm.



Dirk Manthey.